



INFORMATIONSBLETT

Die Gesundheits- und Sicherheitspflicht eines Beauftragten

Wer ist ein Beauftragter?

Das Wort „Beauftragter“ in ihrer Berufsbezeichnung zu haben macht eine Person nicht zu einem Beauftragten im Sinne der Arbeitsschutzgesetze (WHS-Gesetze). Beauftragte haben Positionen inne, die es ihnen ermöglichen, einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Organisation zu nehmen oder die finanzielle Lage der Organisation erheblich zu beeinflussen. Die Entscheidungsfindung muss nicht speziell Fragen der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffen – es geht um Entscheidungen im Allgemeinen, die sich grundlegend auf die Organisation auswirken.

Ein Beauftragter muss mit gebührender Sorgfalt sicherstellen, dass die Person, die ein Geschäft oder eine Unternehmung führt (PCBU), ihre Gesundheits- und Sicherheitspflichten erfüllt, um Mitarbeiter und andere vor Schaden zu schützen.

Was ist Sorgfaltspflicht?

Die Sorgfaltspflicht einer PCBU in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz bedeutet, dass die PCBU sichere Arbeitssysteme einführen und aufrechterhalten muss. Dazu gehört die Überwachung und Bewertung des Arbeitsschutzmanagements innerhalb der Organisation.

Ein Beauftragter muss nicht direkt in das operative Management involviert sein, aber muss dafür sorgen, dass die PCBU ein sicheres Arbeitsumfeld ermöglicht, indem er Ressourcen bereitstellt, Prozesse und Verfahren schafft und durchsetzt und Risiken, Vorfälle und Kontrollen überprüft.

In Abschnitt 27(5) des WHS-Gesetzes finden Sie eine Liste der Sorgfaltspflichten.

Warum gibt es eine Beauftragtenpflicht?

Beauftragte können durch ihre unternehmerischen Verantwortlichkeiten, Entscheidungen und ihr Verhalten die Kultur und Verantwortlichkeit des Geschäfts oder der Unternehmung stark beeinflussen. Beauftragte sind zur Anwendung der Sorgfaltspflicht verpflichtet, da sie Investitions- und Grundsatzentscheidungen treffen, die sich auf die Ergebnisse im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz auswirken können.

Was bedeutet es, an der Entscheidungsfindung mitzuwirken?

Entscheidungsfindung ist die Handlung oder der Prozess der Entscheidung über etwas, entweder allein oder mit anderen Personen.

Ein Beauftragter kann als Teilnehmer am Entscheidungsfindungsprozess betrachtet werden, indem er zur Entscheidung beiträgt oder diese trifft. Eine Person, die nur für die Empfehlung oder Umsetzung dieser Entscheidungen verantwortlich ist, wäre auf dieser Grundlage kein Beauftragter.

Was ist ein großer (wesentlicher) Teil eines Geschäfts oder einer Unternehmung?

Ob eine Entscheidung einen großen Teil eines Geschäfts oder einer Unternehmung betrifft, kann nur von Fall zu Fall beurteilt werden. Eine Beurteilung könnte die Feststellung umfassen, ob die Entscheidungen:

- auf hoher Ebene getroffen werden oder strategischer Natur sind
- eine große Anzahl von Menschen betreffen
- finanziell erheblich sind (einschließlich Anschaffungs- und Unterhaltskosten)
- Kerntätigkeiten betreffen und in welchem Umfang

Kann ein Beauftragter nach dem WHS-Gesetz strafrechtlich verfolgt werden?

Ein Beauftragter kann wegen bestimmter Verstöße gegen die Arbeitsschutzgesetze strafrechtlich verfolgt werden, wenn er seiner Sorgfaltspflicht nicht nachkommt.

Kann ein Freiwilliger ein Beauftragter sein?

Damit ein Freiwilliger als Beauftragter in Bezug auf WHS-Aufgaben fungieren kann, muss die Freiwilligenorganisation der Definition einer PCBU entsprechen. Das bedeutet, dass die Organisation mindestens einen bezahlten Mitarbeiter beschäftigen muss. Ob ein Freiwilliger einer PCBU ein Beauftragter ist, hängt von seiner Beteiligung an und seinem Einfluss in der Organisation ab.

Ein Freiwilliger kann ein Beauftragter sein, wenn er:

- Mitglied eines Vorstands oder Ausschusses der Organisation ist.
- Entscheidungen trifft oder an der Entscheidungsfindung mitwirkt, welche die gesamte Organisation oder einen großen Teil der Organisation betreffen.
- die Fähigkeit hat, die finanzielle Lage der Organisation erheblich zu beeinflussen.

Weitere Informationen finden Sie im [Leitfaden zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für Freiwilligenorganisationen](#).

Ein Freiwilliger, der ein Beauftragter ist, hat die Pflicht, die gebotene Sorgfalt walten zu lassen, kann aber nicht wegen der Nichteinhaltung dieser Pflicht strafrechtlich verfolgt werden. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt [Verantwortlichkeiten von Mitarbeitern und anderen Personen am Arbeitsplatz](#).

Weitere Informationen finden Sie im [Auslegungsleitfaden: Die Gesundheits- und Sicherheitspflicht eines Beauftragten](#).

Dies ist ein kurzer Leitfaden. Verantwortliche finden eine umfassende Erklärung ihrer Pflichten und Verantwortlichkeiten im *Work Health and Safety Act 2020* und den zugehörigen Verordnungen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.